

EUROPA AKTIV

Gemeinsamer Aufbruch 3
Bundestagungen von EUD & JEF

Europa vor Ort 4-15
Aus den Landes- und Kreisverbänden

Verteidigung breiter denken 16
Europäischer Abend in Berlin

1946 - 2026: 80 Jahre Europäische Föderalistische Bewegung – 80 Jahre Einsatz für die Europäische Einigung
Foto: UEF

Europa wächst aus Überzeugung

Wir stehen am Beginn eines entscheidenden Jahres – für die Europa-Union Deutschland und für Europa insgesamt. Am Ende dieses Jahres wird unser Verband 80 Jahre alt. Acht Jahrzehnte Einsatz für ein föderales, demokratisches Europa sind kein Anlass für Selbstzufriedenheit, sondern Verpflichtung. Wer 80 Jahre lang für die europäische Einigung gestritten hat, weiß: Europa war nie ein Selbstläufer. Es war immer ein politisches Projekt, das Mut, Überzeugungskraft und Ausdauer verlangte. Und genau das verlangt es heute wieder.

Denn Europa steht unter Druck wie lange nicht mehr. Unsere Sicherheit ist bedroht, unsere wirtschaftliche Stärke herausgefordert, unsere demokratischen Ordnungen werden von innen und außen angegriffen. Autokratische Regime stellen die regelbasierte internationale Ordnung infrage, hybride Bedrohungen zielen auf die Stabilität unserer Gesellschaften, Desinformation vergiftet den öffentlichen Diskurs. Gleichzeitig verschärfen sich globale Machtkonflikte, technologische Abhängigkeiten werden zu strategischen Risiken, und die Frage, ob Europa seine Interessen selbstbewusst vertreten kann, entscheidet sich jetzt.

»Wir sind die Stimme für ein starkes, föderales Europa.«

So viel stand lange nicht mehr auf dem Spiel: unser Leben in Freiheit und Sicherheit, unser Wohlstand, unser europäisches Gesellschaftsmodell. Wer glaubt, man könne sich in dieser Lage auf nationale Antworten zurückziehen, verkennt die Realität. Kein Mitgliedstaat allein ist stark genug, um in dieser Weltordnung zu bestehen. Nur ein geeintes, handlungsfähiges Europa kann unsere Lebensweise sichern und gestalten.

Gerade deshalb wird die Europa-Union Deutschland mehr gebraucht denn je. Wir sind die Stimme für ein starkes, föde-



rales Europa. Ein Europa, das seine Entscheidungsstrukturen reformiert, Blockaden überwindet und dort mit qualifizierten Mehrheiten handelt, wo Einstimmigkeit lähmt. Ein Europa, das seine Verteidigungsfähigkeit stärkt, seine Wettbewerbsfähigkeit ausbaut und technologisch souveräner wird. Ein Europa, das Erweiterung und Vertiefung strategisch zusammendenkt. Und ein Europa, das kompromisslos für seine Werte eintritt: für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und die Würde jedes Einzelnen.

Unsere Aufgabe ist doppelt. Wir müssen weiter mit Leidenschaft und Argumentationskraft bei den Menschen für unsere föderalistische Idee werben. Europa wächst nicht von oben herab, sondern aus Überzeugung. Es braucht Bürgerinnen und Bürger, die verstehen, dass europäische Integration kein Elitenprojekt ist, sondern die Voraussetzung für Stabilität und Zukunftsfähigkeit. ■■■▶

Zugleich müssen wir unsere politischen Netzwerke entschlossen nutzen. In Parlamenten, Regierungen und Institutionen werden jetzt Weichen gestellt, die für Jahrzehnte prägend sein können. Dort, wo mutige Entscheidungen möglich sind, braucht es Unterstützung, Expertise und den klaren Rückenwind einer engagierten Zivilgesellschaft. Wir werden diejenigen stärken, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Europa voranzubringen – notfalls auch im Rahmen verstärkter Zusammenarbeit oder in neuen integrationspolitischen Formaten, wenn der politische Wille vorhanden ist.

80 Jahre Europa-Union Deutschland bedeuten: Wir wissen, dass Fortschritt möglich ist. Aber er fällt nicht vom Himmel. Er

wird erkämpft – mit Argumenten, mit Beharrlichkeit und mit dem festen Glauben an die europäische Idee.

Mit diesem Selbstverständnis gehen wir weiter in dieses Jahr. Entschlossen, laut und mit klarem Kompass. Denn Europa braucht jetzt nicht weniger Integration, sondern mehr.



*Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP
Präsidentin der Europa-Union Deutschland*

IN EIGENER SACHE

Aktiv für Europa ist unser Verband seit 80 Jahren – in „Europa aktiv“ präsentieren wir unser Engagement seit nunmehr zwei Dekaden. Ein guter Anlass, unserem Verbandsorgan ein frisches und zeitgemäßes Aussehen zu verleihen.

Die Neugestaltung ist angelehnt an das Corporate Design der Europa-Union Deutschland. Daran orientieren sich Farbgebung, graphische Elemente und Schriftart.

Wichtig schien, für ein flexibleres Layout zu sorgen, in welchem neben möglichst aussagekräftigen Fotos auch Gra-

fiken die Texte auflockern und für ein neues Betrachtungs- und Leseerlebnis insbesondere in der Außenwirkung sorgen.

Die Verwendung der vom Verband priorisierten Schriftfamilie Roboto lockert das Schriftbild auf, bedingt jedoch unter Umständen eine Reduzierung der Textmenge bzw. eine entsprechende redaktionelle Überarbeitung. Weißräume und großzügigere Abstände sollen Transparenz vermitteln und „Bleiwüsten“ vermeiden.

Wir hoffen, dass diese Optimierungsmaßnahmen Anklang finden und sich auch bei Aktionen und in der Außenwerbung positiv auswirken werden. ■

NOCH EIN JUBILÄUM

Im Rahmen des Bundesausschusses gratulierte die JEF ihrem Bundesgeschäftsführer Lutz Gude zu seinem 20. Dienstjubiläum. „Danke, lieber Lutz, dass du es so lange mit uns ausgehalten und so viele JEF-Generationen begleitet hast“, so JEF-Bundvorsitzende Melanie Thut.

„Strukturelles Ehrenamt geht nur durch ein starkes Hauptamt im Hintergrund, durch tolle Mitarbeiter:innen, die unsere tägliche Arbeit unterstützen und immer ein offenes Ohr für uns haben. Dies hängt maßgeblich mit staatlicher Förderung zusammen, um die wir als Jugendverbände immer wieder kämpfen müssen“, erklärte Melanie Thut.

Auch von Seiten der Europa-Union ein herzliches Dankeschön an Lutz Gude für sein unermüdliches Engagement und die hervorragende Zusammenarbeit in all den Jahren. ■



Foto: Helene Salzburger

GEMEINSAMER AUFBRUCH INS JUBILÄUMSJAHR

Gelungener Start der Zusammenarbeit von EUD und JEF

Ein besonderer Moment war die Klausurtagung des EUD-Präsidiums in der Europäischen Akademie Berlin Grunewald im Januar. Zum einen, weil sich das neue Führungsgremium unseres Verbandes als Team zusammengefunden hat. Zum anderen, weil es auf Anregung und unter der Ägide von Präsidentin Andrea Wechsler einen gemeinsamen Aufbruch mit dem JEF-Bundesvorstand in die Zusammenarbeit gab – ein Novum für beide Verbandsspitzen. In offener, aber konzentrierter Atmosphäre wurden strategische Fragen beraten und Prioritäten gesetzt. Der Grundtenor: Gerade in bewegten Zeiten sei es wichtig, sich auszutauschen, gemeinsam Orientierung zu geben und Positionen zu schärfen. Geschlossenheit sei wichtig. Das gelte umso mehr im Jubiläumjahr der EUD.

„Wir haben viel vor, wir werden feiern, diskutieren und Impulse setzen“, so die Botschaft der Klausurtagung. Auf unserer Vision des europäischen Föderalismus und der programmatischen Arbeit soll dabei besonderes Augenmerk liegen. Ziel ist es, die Beschlusslage zu aktualisieren und beim Bundeskongress in Königswinter zu verabschieden. Daneben sind Initiativen zum Mehrjährigen Finanzrahmen und zu Fragen der Erweiterung und Reform der EU in Planung bzw. bereits in der Umsetzung. Eine Kampagne zur Europäischen Verteidigungsunion, die komplementär von EUD und JEF gestaltet werden soll, ist ebenfalls angedacht. Zudem wurden Ideen und Formate erörtert, wie das EUD-Jubiläum – abgesehen von den Festakten

Familienfoto vom gemeinsamen Bundesausschuss der EUD und JEF in Berlin Foto: Gerolf Mosemann/EUD

in Berlin und am Gründungsort Syke zum Ende des Jahres – vor Ort mit Aktivitäten und Veranstaltungen unter Einbindung der Landes- und Kreisverbände begangen werden kann. Eine weitere große Baustelle, die das neue Präsidium 2026 gemeinsam mit der JEF und den Landesverbänden verstärkt in Angriff nehmen will, ist die Verbands- und Mitgliederentwicklung. Das Thema wird auch zentraler Baustein des diesjährigen Bundeskongresses sein.

Beflügelt vom „Geist von Grunewald“ freuten sich alle Beteiligten über den gelungenen Start in eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit. Die Klausurtagung habe bewiesen, dass beide Verbände gemeinsam an einem generationenübergreifenden föderalistischen Europa arbeiten würden.

Auch beim gemeinsamen Bundesausschuss von Europa-Union und JEF am 14. März standen die Zeichen auf ein kooperatives und engagiertes Miteinander. Im besten Sinne darauf eingestimmt haben sich die rund 100 Delegierten und Gäste beim Singen des Kanons Frère Jacques in gleich fünf Sprachen. In den beschlossenen „Leitlinien für unser Miteinander in der Europa-Union“ wurden die Grundlagen für ein wertschätzendes Zusammenarbeiten im Verband festgeschrieben.

Drei Workshops boten viel Raum für Diskussion und bestätigten, dass die inhaltliche Arbeit vorangetrieben wird. Im Föderalis-



mus-Workshop ging es darum, wie wir ihn in die Gesellschaft und unseren Alltag tragen können. Der Workshop „EU-Erweiterung & Reform“ erörterte die Aussichten für den Beitritt neuer Staaten zur EU und die Chancen für die dringend benötigten Reformschritte. Im Workshop zur Verteidigungsunion diskutierten die Teilnehmenden in Kleingruppen über den Entwurf eines Positionspapiers, das von der gleichnamigen AG des Präsidiums vorgelegt wurde.

In einem Beschluss zum Schutz der freiheitlichen Demokratie in Europa forderte der Bundesausschuss zahlreiche Maßnahmen, die eingeführt werden müssten. Darunter u. a. die Verankerung eines verbindlichen Demokratieschildes in den EU-Verträgen, eine Ausweitung und konsequente Anwendung der Rechtsstaatskonditionalität, einen unabhängigen europäischen Mechanismus zur Überwachung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, europäische Mindeststandards für Medienfreiheit und Plattformregulierung sowie eine europaweite Absicherung und Förderung der Zivilgesellschaft.

Gewählt wurde auch ein neues Bundesausschusspräsidium der EUD. Neue Vorsitzende des Bundesausschusses ist Katharina Borngässer (LV Berlin). Ihr zur Seite steht als stellv. Vorsitzender Enrico Kreft (LV Schleswig-Holstein). Die scheidenden BA-Vorsitzenden Katharina Wolf und Thomas Kopsch wurden mit großem Dank verabschiedet. ■



Am vierten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine demonstrierten in Berlin mehrere Tausend Menschen unter dem Motto "Für Europas Zukunft stehen wir mit der Ukraine". Am Solidaritätszug vom Berliner Lustgarten zum Brandenburger Tor beteiligten sich auch viele Mitglieder der Europa-Union sowie der JEF und zeigten „Flagge“.



Impressum 1/2026

**EUROPA AKTIV –
Aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e. V.
Chausseestr. 84, 10115 Berlin
Fon: +49 30 921014000
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Birka Meyer-Georges,
Birgit Kößling (v. i. S. d. P.)

Redaktionsanschrift:

Chausseestr. 84, 10115 Berlin
Fon: +49 30 921014000
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
23.3.2026

Annahmeschluss für Ausgabe 2/2026:
27.5.2026

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Layout:

Tibor Sarusy

Druck:

O.D.D. Gmbh & Co. KG Print + Medien
Otto-Meffert-Str. 5
55543 Bad Kreuznach
<https://odd.de>

BREMEN

Lage in der Ukraine diskutiert

Beim Neujahrsempfang der Europa-Union Bremen am 29. Januar konnte die langjährige Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Europaparlament, Rebecca Harms, als Gastrednerin begrüßt werden. Erörtert wurden die aktuelle Lage in der Ukraine und die Herausforderungen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Harms war über Jahre immer wieder zu politischen und persönlichen Besuchen in der Ukraine und hat Zugang zu den verschiedensten Menschen aus Politik, Wissenschaft, Kunst und Journalismus. Sie hat stets für eine stärkere und schnellere Unterstützung für die Ukraine plädiert. Die Ukraine habe alles Recht, ein selbständiges Land zu bleiben und sich der imperialen Politik Russlands zu widersetzen, so die Gastrednerin. Die EU müsse hier geschlossen agieren und ihre gemeinsamen Sicherheitsinteressen vertreten. Harms drängte außerdem darauf, auch individuell zu helfen und für die Ukraine zu spenden, sodass Notfallkartons und Generatoren an die dort leidenden Menschen gesendet werden können.



Landesvorsitzende Dr. Helga Trüpel und Rebecca Harms (r.)
Foto: EUD Bremen



**Verantwortlich:
Jade Budinger**

BRÜSSEL

Debriefing zum Europäischen Rat

Nachdem der langjährige deutsche EU-Botschafter Michael Clauß zum Leiter der Abteilung Europapolitik ins Bundeskanzleramt berufen wurde, konnte die EUD Brüssel nach kurzer Pause die langjährige Tradition der EUD-Debriefings mit seinem Nachfolger, EU-Botschafter Thomas Ossowski, erfolgreich wieder aufnehmen.

Das bewährte Veranstaltungsformat „Debriefing zum Europäischen Rat“, das regelmäßig nach jedem regulären EU-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs stattfindet, hat sich mittlerweile als eine der wichtigsten Veranstaltungen der Brüsseler Politikszene etabliert, die Gelegenheit bietet, aus erster Hand etwas über Ergebnisse und Dynamiken der Gipfelverhandlungen zu erfahren. Die Nachmittage in der Landesvertretung Baden-Württemberg sind stets gut besucht; unter den Teilnehmenden sind Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Zivilge-

sellschaft und Medien. Dabei liegt der besondere Mehrwert in der zeitnahen Einordnung der Gipfelergebnisse und der Möglichkeit, Rückfragen unmittelbar an die deutsche Vertretung zu richten. Die Frage-und-Antwort-Runde mit dem Publikum, die auf einen ca. 20-minütigen Vortrag des Botschafters folgt, wird traditionell von der Vorsitzenden der EUD Brüssel, Ilka Wölfe, oder ihren Stellvertretern moderiert.

Beim Debriefing am 24. Oktober nahm sich der neu im Amt befindliche Botschafter Thomas Ossowski Zeit, um ausführlich über die Beratungen des Europäischen Rates insbesondere zu Ukraine, Nahost, europäischer Sicherheit und Verteidigung sowie Wettbewerbsfähigkeit zu berichten. Am 19. Dezember wurde er von Susanne Lada'a, stellv. Referatsleiterin der EU-Koordinierungsgruppe im AA, vertreten. Neben Verteidigung, Ukraine und Nahost wurden insbesondere der nächste Mehrjährige Finanzrahmen, Erweiterung und Reformen sowie Geoökonomie und Wettbewerbsfähigkeit thematisiert.



EU-Botschafter Ossowski berichtet aus erster Hand über den EU-Gipfel. Foto: EUD Brüssel

Die EUD Brüssel freut sich, dieses Format gemeinsam mit der Landesvertretung Baden-Württemberg fortsetzen zu können und damit für ihre Mitglieder einen Rahmen zur gemeinsamen Einordnung und Diskussion der europäischen Gipfelergebnisse zu bieten.



Verantwortlich:
Julia Preiß

LUXEMBURG

Enge Freunde im Gespräch

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Let's talk about Europe!“ hatte die Europa-Union Luxemburg (EUL) am 22. Januar zusammen mit der schweizerischen Botschaft dazu eingeladen, über die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zu sprechen. Drei hochkarätige Gäste standen Rede und Antwort: Botschafter Benno Laggner, unser Mitglied und Ex-Minister Charles Goerens MdEP (liberale DP) und Florian Schmid, der als Präsident der Gesellschaft zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (GFGZ) extra aus dem Grenzgebiet zwischen der Schweiz und Deutschland angereist war. Der Saal war mit 50 Besucherinnen und Besuchern bis auf den letzten Platz gefüllt, darunter zahlreiche Auslandsschweizer:innen.



Das Panel (v. l.) mit Moderator Stefan Kohler, Charles Goerens MdEP, Botschafter Benno Laggner und Florian Schmid (GFGZ) Foto: EUL/Kateryna Mostova

Unter der Moderation des EUL-Vorsitzenden Stefan Kohler diskutierten die Panelisten über das neue Abkommen zwischen der Schweiz und der EU, die geopolitische Situation, das Verhältnis zwischen Luxemburg und Schweiz und weitere Themen. Rund 2000 Luxemburger:innen leben in der Schweiz und gut 1400 Schweizer:innen sind im Großher-

zogtum ansässig, was die enge Verbindung beider Länder gut illustriert. Auch wenn ein EU-Beitritt der Schweiz in weiter Ferne scheint, waren sich alle Redner der Notwendigkeit bewusst, die Beziehungen fortan zu vertiefen. „Die Schweiz und die EU teilen gemeinsame Werte und arbeiten gut zusammen“, so der Europaabgeordnete Charles Goerens.

Wie immer kamen zahlreiche Fragen aus dem Publikum, die beim anschließenden Empfang weiter erörtert wurden.



Verantwortlich:
Stefan Kohler

THÜRINGEN

Arbeitsschwerpunkt 2026: Weimarer Dreieck

Im Jahre 1991 gründeten die damaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Krzysztof Skubiszewski und Roland Dumas das sog. „Weimarer Dreieck“ mit dem Ziel, die informelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen zu intensivieren und so mit geeinter Stimme ein friedliches Europa mitzugestalten. 2026 jährt sich dieses Vorhaben zum 35. Mal. Den Jahrestag möchte der Landesvorstand der Europa-Union Thüringen (EUT) zum Anlass nehmen, auf die Bedeutung und die Chancen, die in einer Zusammenarbeit dieser drei Länder liegen, aufmerksam zu machen. In verschiedenen Arbeitssitzungen diskutierte der Vorstand die Schwerpunkte des Landesverbandes für 2026.

Anlässlich der Jahresauftaktveranstaltung des Europäischen Informations-Zentrums unter der Leitung von Andreas Spieß fanden zudem Gespräche mit Stefan Gruhner, Thüringer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Sport und Ehrenamt und Chef der Staatskanzlei, sowie mit weiteren europapolitischen Akteuren des Freistaates statt. Angesichts der finanziellen und personellen Herausforderungen, aber auch der dringenden europapolitischen Themen setzt die EUT wieder verstärkt auf Kooperationen.

Dabei versucht die EUT, dem kulturellen Austausch im Rahmen des Weimarer Dreiecks die gebührende Bedeutung zu geben. Schließlich ist gerade Polen in der Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit oft unterbelichtet. Darüber hinaus ist das größte östliche Mitgliedsland der Europäischen Union auch hinsicht-



Das Team des EIZ mit EUD-Landesvorsitzender Dr. Claudia Conen Foto: privat

lich ihrer zukünftigen Erweiterungen von zentraler Bedeutung. In den Veranstaltungen zum Weimarer Dreieck wird es daher auch darum gehen müssen, verschiedene Verständnisse von Europa auszuloten und in einen konstruktiven Diskurs zu stellen.



Verantwortlich: Dr. Claudia Conen, Konstantin Petry

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Deutsch-Polnisches Seminar

Beim Deutsch-Polnischen Seminar der Europa-Union MV am 17. Dezember in der Kinokirche Latücht in Neubrandenburg referierte Dr. Marek Fiałek von der Universität Greifswald zum Thema „Polen nach den Präsidentschaftswahlen – Herausforderungen für die Regierung von Donald Tusk“. Im Mittelpunkt standen die Entwicklungen rund um Rechtsstaatlichkeit und Justizreformen. Fiałek erläuterte, wie die frühere PiS-Regierung zwischen 2015 und 2023 tiefgreifende und umstrittene Eingriffe in das Justizsystem vorgenommen hat und weshalb die EU deshalb ein Verfahren nach Artikel 7 eingeleitet hat. Seit dem Regierungswechsel 2023 versuche die neue Regierung unter Tusk, die Unabhängigkeit der Justiz wiederherzustellen. Ein zentrales Hindernis sei Präsident Karol Nawrocki, der offen erklärt habe, die Regierung zu blockieren. Durch das Vetorecht kann der Präsident wichtige Reformvorhaben erheblich verzögern oder verhindern. Neben der Innenpolitik

thematisierte Fiałek auch die sensiblen deutsch-polnischen Beziehungen, insbesondere die Reparationsdebatte sowie aktuelle Gesten der historischen Annäherung wie die Rückgabe wertvoller Kulturgüter an Polen. Abschließend ging der Referent auf wirtschaftliche und soziale Aspekte ein. Trotz politischer Spannungen steht Polen wirtschaftlich vergleichsweise stabil da, mit steigenden Löhnen und moderater Inflation. Trotzdem bleiben Fragen zur Rentenentwicklung, sozialen Absicherung und möglichen Einführung neuer militärischer Ausbildungsmodelle umstritten. Das Seminar machte deutlich: Polen befindet sich an einem politischen Wendepunkt – zwischen dem Versuch der demokratischen Erneuerung und anhaltenden institutionellen Blockaden. Die Veranstaltung wurde von der bpb gefördert.

Deutsch-Französische Tage

Gleich drei Veranstaltungen hat der Bildungsring der Europa-Union MV

zum Deutsch-Französischen Tag am 22. und 25. Januar in Neubrandenburg durchgeführt. Zweimal wurde der Film „An einem Tag im September“ gezeigt, ein historischer Spielfilm vor Original-Kulisse zum Elysée-Vertrag. Außerdem wurde die Romanze „Die fabelhafte Welt der Amélie“ vorgeführt. Die Veranstaltungen fanden vor gut gefüllten Reihen in der Kinokirche Latücht statt. Unser besonderer Dank geht an Oberbürgermeister Nico Klose, der einen inspirierenden und sehr persönlichen Vortrag zu eigenem Frankreich erleben und den Partnerstädten von Neubrandenburg gehalten hat, sowie an die Kreismusikschule Kon.centus und ihren Direktor Wolfgang Hasleder, die zwei Veranstaltungen musikalisch umrahmt hat. Die Veranstaltungen wurden durch den Deutsch-Französischen Bürgerfonds gefördert.



Verantwortlich: Annette Suchanow-Krull

BRANDENBURG

Grenzenlos Nachbarn

Unter der Überschrift „Grenzenlos Nachbarn – Polen und Deutschland im Gespräch über Europas Zukunft“ hat die Europa-Union Brandenburg ihre neue Gesprächsreihe „Europa im Fokus. Deutsch-Polnische Gespräche“ auf Schloss Trebnitz eröffnet. Am 5. Februar durften wir rund 40 Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlichster Stellen und deutsch-polnischer Organisationen zu unserer Veranstaltung begrüßen.

Wie können wir als Polen und Deutsche gemeinsam den Einigungsprozess Europas im aktuellen globalen Kontext voranbringen? Im Rahmen

lichen Vortrag zur „Wahrnehmung Europas und der EU in Polen und Deutschland – Wie können wir europakritischen Stimmungen begegnen?“, wie mangelndes Wissen in Deutschland Stereotype über Polen und seine Bevölkerung befördert. Sie hob die Rolle der Grenzregionen hervor, die als Brücken fungieren könnten.

Botschafterin Catalina Cullas, Beauftragte des Auswärtigen Amts für die Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten sowie für grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit, arbeitete in ihrem Impuls „Die Zukunft Europas – Braucht es einen deutsch-polnischen Motor?“ heraus, dass angesichts Russlands Angriffs-

Republik Polen in Deutschland. In der Runde bestand Einigkeit, dass in einem sich dynamisch und disruptiv entwickelnden globalen Rahmen ein Voranbringen der europäischen Einigung für die dauerhafte Sicherung des freiheitlich-demokratischen Modells unerlässlich ist. Zur Frage, wie Polen und Deutsche gemeinsam an Europa arbeiten können und welche Rolle Vergangenheit und Gegenwart spielen, entwickelte sich ein Diskurs über die Erinnerungskultur. Angesprochen wurden u. a. auch die Auswirkungen der von deutscher Seite eingeführten Grenzkontrollen, die nicht nur große Hemmnisse für die Entwicklung der Grenzregion seien, sondern nationalistische Strömungen auf polnischer Seite befördert hätten.

Die Podiumsgäste hoben die Bedeutung des direkten grenzüberschreitenden Kontaktes zwischen den Menschen, insbesondere von Jugendlichen, hervor. In diesem Kontext wurde die herausgehobene Rolle der Grenzregion als nachbarschaftliche Region im besten Sinne betont. Hier würden menschlich, und hoffentlich auch real als Infrastruktur, Brücken gebaut, die ein stabiles, Grenzen überwindendes Fundament bildeten.

Beim „Get-together“ gab es einen lebhaften Austausch der zahlreichen deutsch-polnischen Akteure.

Großer Dank gilt dem Team der Bildungsstätte Schloss Trebnitz mit seinem Leiter Darius Müller, das als Kooperationspartner ein hervorragender Gastgeber war, sowie der Landeszentrale für politische Bildung, die die Veranstaltung gefördert hat.

Für die Europa-Union Brandenburg bleibt das Verhältnis zu Polen ein zentrales europäisches Thema.



Deutsch-Polnische Gesprächsreihe der EUBB auf Schloss Trebnitz eröffnet

Foto: privat

von Impulsreferaten und einer Podiumsdiskussion wurde hierzu der Bogen von der Erinnerungskultur, über die aktuelle Wahrnehmung der EU in Polen und Deutschland hin zur Bedeutung eines deutsch-polnischen Motors gespannt. Die Mitwirkenden brachten ihre Perspektiven aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Jugendarbeit ein.

Małgorzata Gemen, Leiterin des Berliner Büros des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten, schilderte in einem sehr persön-

lichen Vortrag zur „Wahrnehmung Europas und der EU in Polen und Deutschland – Wie können wir europakritischen Stimmungen begegnen?“, wie mangelndes Wissen in Deutschland Stereotype über Polen und seine Bevölkerung befördert. Sie hob die Rolle der Grenzregionen hervor, die als Brücken fungieren könnten.

Neben Botschafterin Cullas diskutierten auf dem Podium Stephan Erb, Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerks, Autorin Karolina Kuszyk, Dr. Knuth Thiel, Leiter des Geschäftsbereichs Wirtschaftspolitik der IHK Ostbrandenburg, und Jakub Wawrzyniak, stellv. Botschafter der



Verantwortlich:
J.-H. Ubbelohde, J. Kohls

SAARLAND

Deutsch-Französische Freundschaft gefeiert

Mit dem Neujahrsempfang am 16. Januar ist die Europa-Union Saar erfolgreich in das neue Jahr gestartet. In der Halle4 in Saarbrücken kamen rund 70 Gäste zusammen, um auf die europapolitischen Herausforderungen und Chancen der kommenden Monate zu blicken. Der Empfang stand im Zeichen des Deutsch-Französischen Tages und setzte ein klares Signal: Die deutsch-französische Freundschaft lebt und sie braucht Orte, an denen Zukunft gedacht und gestaltet wird.

In zahlreichen Gesprächen entwickelte sich ein lebendiger Austausch über aktuelle europäische Entwicklungen, politische Perspektiven und konkrete Fragen, die Europa ebenso wie das Saarland betreffen. Die Diskussionen waren offen, konstruktiv und getragen von dem Anspruch, Europa nicht abstrakt, sondern vor Ort erfahrbar zu machen.

Dass die Halle4 als Ort für Start-ups, Innovation und neue Ideen gewählt wurde, war kein Zufall. Kaum ein Umfeld eignet sich besser, um über die Zukunft der deutsch-französischen Zusammenarbeit und Europas zu sprechen. Gemeinsam mit der Union des Français de la

Sarre, der Deutsch-Französischen Gesellschaft Saar und dem Institut d'Études Françaises wurde die Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich gefeiert und der Blick nach vorn gerichtet.

Ein inhaltlicher Höhepunkt war das World-Café, das den Gästen die Möglichkeit bot, sich in kleinen Runden auszutauschen. An vier Stationen wurden zentrale Aspekte diskutiert: Kommunikation und Mehrsprachigkeit, Herausforderungen und Chancen der Zusammenarbeit, deutsch-französischer Lebensstil sowie die Wirkung zivilgesellschaftlichen Engagements.

Der Austausch fand auf Augenhöhe statt und war geprägt von Respekt, Neugier und europäischer Energie. Unterschiedliche Perspektiven wurden als Bereicherung wahrgenommen – ganz im Sinne des europäischen Gedankens.

Neben den inhaltlichen Impulsen bot der Neujahrsempfang Gelegenheit zur Vernetzung. Neue Kontakte wurden geknüpft, bestehende vertieft. Diese Verbindung aus politischem Austausch und persönlicher Begegnung machte den Abend besonders wertvoll.

Der Neujahrsempfang hat gezeigt, wie wichtig Räume sind, in denen europäische Themen diskutiert und gemeinsame Impulse gesetzt werden können.



Die Gruppe der JEF-Saar beim Neujahrsempfang
Foto: EUD Saar

Offen, dialogorientiert und mit Blick auf eine starke deutsch-französische Freundschaft im Herzen Europas.

Wir sind die Brücke zwischen Deutschland und Frankreich. Gerade in Zeiten, in denen Europa wichtiger denn je ist, müssen wir uns dieser besonderen Rolle noch bewusster sein.



Verantwortlich:
Felix Marten

SACHSEN

Die Zumutung des Pluralismus

Die pluralistische Demokratie lebt vom Wettstreit politischer Ideen. Grundlage dafür sind klare Spielregeln, über die sich alle einig sind. Gesellschaftliche Gruppen stehen sich heute jedoch wieder wie verfeindete Steinzeit-Stämme gegenüber. Kann es sein, dass unsere Primatengehirne nicht für den demokratischen Diskurs ausgelegt sind?

Beim Europäischen Salon der Europa-Union Sachsen am 28. Januar erörterten wir mit Dr. Christoph Meißelbach verschiedene Ursachen: von Repräsentationsproblemen über den Populismus bis hin zu Sozialen Medien. Der Dresdener Politikwissenschaftler und Sozialforscher

ist als wissenschaftlicher Koordinator des Sächsischen Instituts für Polizei- und Sicherheitsforschung (SIPS) an der Hochschule der Sächsischen Polizei tätig.

Den Forschungen des Politikwissenschaftlers Ernst Frenkel folgend sei, so Meißelbach, die Demokratie nicht das Instrument, um die „beste“ Lösung zu finden. Es gehe gerade darum, das Gruppendenken von WIR gegen die ANDEREN zu überwinden. Demokratie in diesem Sinne sei zu verstehen als das Vereinbaren von Spielregeln für einen fairen Wettstreit. Nur im fairen Wettstreit könne für die Vielfalt der Meinungen eine Lösung mit einer Mehrheitsentscheidung gefunden werden. Zugespißt meinte Meißelbach: „Wie herrlich, dass ich in einer Ge-

sellschaft lebe, in der regelmäßig solche Entscheidungen getroffen werden, die mir gegen den Strich gehen.“

Am Ende des Abends waren sich alle einig, dass es sich lohne, sich für faire demokratische Spielregeln einzusetzen. Der zivilisierte Streit würde die Lebenswirklichkeit der Menschen, aber auch die Komplexität der heutigen technischen, sozialen und politischen Verhältnisse besser abbilden als eine Einteilung der Welt in Schwarz und Weiß, in Gut und Böse, in „Die“ und „Wir“.



Verantwortlich:
Katharina Wolf

BERLIN

„Mit Sicherheit Europa“

„Wir wollen politischer werden“, so die Co-Vorsitzenden der Europa-Union Berlin (EUB), Emmeline Charenton und Manuel Knapp, kurz nach ihrer Wahl im Sommer 2025. Der Ankündigung folgten Taten. Am 19. November wagte sich die EUB an ein brisantes Thema: „NATO, EU und der Zweifel an der Bündnistreue – Transatlantische Sicherheit zwischen Vertrauen und Verantwortung“.

Rund 50 Gäste waren unserer Einladung in die Nordischen Botschaften in Berlin gefolgt. Nach einem fröhlichen Kennenlernen übernahmen unsere erfahrenen Moderatoren Florian Staudt und Florian Schäfer die Regie und führten uns – hervorragend strukturiert – durch die neuen Untiefen der gegenseitigen transatlantischen Wahrnehmung.

Zunächst war klarzustellen: Trotz aktueller Irritationen bleibt die NATO das sicherheitspolitische Rückgrat Europas. Gilt diese Prämisse noch un-

eingeschränkt? In ihrem Beitrag ging Dr. Christina Catherine Krause (Konrad-Adenauer-Stiftung) der Frage nach, wie belastbar die transatlantische Sicherheitsgarantie heute noch sei – insbesondere angesichts des Kriegs in der Ukraine. Anders formuliert: Wie steht es um das Vertrauen der Partner auf beiden Seiten des Atlantiks, gerade angesichts innenpolitischer Entwicklungen in den USA?

Keinesfalls sollten wir einseitig auf die USA zeigen. Thematisiert wurde daher, welche Verantwortung Europa bei Verteidigungsausgaben, Truppenstellungen und Antworten auf hybride Bedrohungen trägt. Welche institutionellen und technologischen Antworten sind nötig, um hybride Angriffe zu erkennen und kollektiv abzuwehren? Die Diskussion um die Grenzen klassischer Abschreckung wurde lebhaft geführt.

Wilhelmine Stenglin von Table Media ging auf den Begriff „Drehscheibe Deutschland“ im militärstrategischen

Kontext ein. Welche logistischen und militärischen Aufgaben kämen auf uns bei einem Angriff auf NATO-Territorium zu?

Natürlich ging es auch darum, wo die sicherheitspolitische „Zeitenwende“ in Politik, Beschaffung und Bündnisfähigkeit ihren konkreten Niederschlag gefunden hat. Diskutiert wurde schließlich, wie sich das Vertrauen auf beiden Seiten des Atlantiks wiederherstellen lässt.

Der Abend war geprägt von einem praxisorientierten Ansatz, vom Verhältnis zwischen Anspruch und Umsetzung. Kurzum: Was bedeutet Bündnistreue in diesen Zeiten praktisch? Unser Anspruch, politischer zu werden, hat eine Bewährungsprobe überzeugend bestanden.



Verantwortlich:
Dr. Hans Jörg Schrötter

BAYERN

Projekt stärkt Jugend gegen Extremismus

Wie funktioniert Demokratie im digitalen Zeitalter? Und wie lässt sich die europäische Idee gegen extremistische Strömungen verteidigen? Diese zentralen Fragen stehen im Mittelpunkt des Projekts „Demokratielabor 2.0“, das die Europa-Union Bayern (EUB) in den kommenden Monaten durchführt.

Unter der Federführung des stellv. Landesvorsitzenden Walter Göbl und in Kooperation mit der Bayerischen Ehrenamtsstiftung richtet sich das Projekt gezielt an junge Multiplikatoren zwischen 15 und 25 Jahren in ländlichen Regionen.

Gezielte Prävention vor Ort: Das Projekt startet am 18. April in Waldkraiburg (Landkreis Mühldorf am Inn). Weitere

Stationen sind die Landkreise Bad Kissingen, Cham und Landshut, bevor eine gemeinsame Abschlussveranstaltung in Kulmbach das Projekt abrundet.

„Wir haben bewusst Orte gewählt, in denen extremistische Parteien wie die AfD einen hohen Zuspruch erfahren“, erklärt Walter Göbl. „Unser Ziel ist es, junge Menschen genau dort für ein Europa der Vielfalt zu begeistern und ihre Widerstandsfähigkeit gegen demokratiefeindliche Bewegungen nachhaltig zu stärken.“

Vielfalt als Stärke: Die Teilnehmerstruktur ist bewusst breit gefächert: Schülerinnen und Schüler aller Schularten treffen am 18. April auf junge Erwachsene mit Migrationshintergrund sowie Aktive aus der Feuerwehr, dem Bayerischen Bauernverband und dem Kreisjugendring. Auch die Jugendparla-



Grafik: EUD Bayern

mente aus Mühldorf und Waldkraiburg sind fest eingebunden. Geleitet und moderiert wird der erste Workshop von dem 19-jährigen Erzieher und KJR-Teilungsscoach Elias Hentschel.

Das Ergebnis des Projekts wird eine Strategie-Skizze sein, die bundesweit als Best-Practice-Modell zur Demokratieförderung zur Verfügung gestellt werden kann.



Verantwortlich:
Walter Göbl

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kooperationen für die Zukunft

Europäische Bildung braucht neue Allianzen – genau hier setzt die Europa-Union Schleswig-Holstein (EUSH) spürbare Akzente. Unter dem Motto „Europäische Bildung stärken, Allianzen schmieden, Impulse setzen“ absolvierte Landesvorsitzender Stefan Studt am 18. Februar eine Reihe wichtiger Besuche im Kieler Regierungsviertel. Begleitet wurde er von Landesgeschäftsführer Ralf Rose und Praktikantin Emily Schönau.

Erster Halt: das Gespräch mit Dr. Christian Meyer-Heidemann, Landesbeauftragter für politische Bildung in Schleswig-Holstein. Der Politikwissenschaftler machte deutlich, wie groß der Bedarf – und zugleich das Interesse – an europäischer politischer Bildung gerade an Schulen derzeit ist. Vor diesem Hintergrund wurden konkrete, zukunftsorientierte Kooperationen vereinbart. Geplant ist u. a. eine gemeinsame Veranstaltung zu europäischen Sicherheitsfragen, die voraussichtlich im Herbst 2026 stattfinden soll. Darüber hinaus verständigten sich beide Seiten darauf, zusätzliche Teamer für die politische Bildungsarbeit im Land zu gewinnen. Sie sind es, die Planspiele an Schulen ermöglichen oder die jährlichen Europa-Klassenfahrten begleiten. Ziel ist es, die Bildungsangebote vor allem für Studierende und Auszubildende sichtbarer, zugänglicher und attraktiver zu machen.



(v. l. n. r.) EUSH-Vorsitzender Stefan Studt, Ministerpräsident Daniel Günther, Praktikantin Emily Schönau, Geschäftsführer Ralf Rose
Foto: Patrick Kraft/Staatskanzlei SH

Nach einer kurzen Stärkung in der Kantine des Landtages führte der Weg weiter in die Staatskanzlei – mit Blick auf die Kieler Förde. Dort stellte Stefan Studt Ministerpräsident Daniel Günther die Arbeit und die aktuellen Schwerpunkte der EUSH vor. Im Mittelpunkt stand erneut die Bildungsarbeit als Schlüssel für ein starkes europäisches Bewusstsein im Land. Das Gespräch endete mit einem klaren Signal: Ministerpräsident Günther sagte zu, bei einer künftigen Veranstaltung als Keynote-Speaker mitzuwirken. Damit konnte der Verband weitere spannende Kooperationen innerhalb der schleswig-holsteinischen Politik auf den Weg bringen und seine Rolle als zentraler Akteur europäischer Bildungsarbeit im Land weiter festigen.

Europa-Klassenfahrten 2026

Unter dem Motto „Deine Zukunft – Deine Meinung“ haben sich im Januar insgesamt 75 Schülerinnen und Schüler in Bad Malente zusammengefunden, um sich intensiv mit der europäischen Sicherheitspolitik auseinanderzusetzen. Mit dabei waren Schülerinnen und Schüler der Bruno-Lorenzen-Gemeinschaftsschule aus Schleswig, des Emil-von-Behring-Gymnasiums Großhansdorf sowie der Friedrich-List Schule aus Lübeck. In der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte recherchierten, diskutierten und hinterfragten die Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 18 Jahren die europäische Politik und lernten dabei die Aufgaben der wichtigsten Institutionen kennen.

Angesichts der politischen Entwicklungen lag der Fokus dabei auf verschiedenen Aspekten der europäischen Sicherheitspolitik. Dabei ging es um

die Fragen: Braucht die EU eine eigene Armee; wann erreicht Europa digitale Souveränität; wie kann die Migrationspolitik fair geregelt werden? Neben der Vermittlung grundlegender Kenntnisse wurden die Teilnehmenden vor allem dazu ermutigt, eigene Standpunkte herauszubilden und zu präsentieren. Die so entstandenen Videos wurden auch politischen Gästen von Grünen, SPD und FDP vorgestellt.

Darüber hinaus haben sich die Schüler mithilfe eines Planspiels zur europäischen Asylpolitik in die unterschiedlichen Interessen der EU-Staaten hineinversetzt. Innerhalb mehrerer Verhandlungs- und Abstimmungsrunden ist anschaulich geworden, wie schwierig es werden kann, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Anhand dieses Planspiels, der Themenprojekte und weiterer Elemente haben die jungen Menschen aktiv erfahren, welchen Einfluss die EU auf ihr tägliches Leben hat, aber auch welche Möglichkeiten sie selbst haben,



Schülerinnen und Schüler der Friedrich-List-Schule Lübeck mit dem EUSH-Team
Foto: Veronika Reinbold/EUSH

um Einfluss zu nehmen. Die gefühlte Distanz zur Brüssler Polit-Bubble wurde deutlich verringert, alte Vorurteile durch konstruktive Kritik ausgetauscht und nie der Spaß an der Sache vergessen. Die Europa-Klassenfahrt 2026 in Bad Malente war ein voller Erfolg.



Verantwortlich:
Ralf Rose

NIEDERSACHSEN

Europakompetenz ist gefährdet

Der Vorstand der Europa-Union Niedersachsen hat sich mit dem Diskurs vieler Bildungsfachverbände über die geplante Oberstufenreform und insbesondere mit den Konsequenzen für die Europabildung durch die Neugestaltung der Einführungsphase beschäftigt. Dazu erklärt Landesvorsitzender Harm Adam: „Wir beobachten die Ideen mit Sorge und sehen die Entwicklung von Europakompetenz an den Oberstufen Niedersachsens gefährdet. Wenngleich das Ansinnen, den Schülerinnen und Schülern mehr Flexibilität bei der Wahl und damit Auswahl in der Qualifikationsphase zu geben, grundsätzlich positiv zu bewerten ist, werden sich die neuen Freiheiten bei der Belegung in der Einführungsphase bitter rächen.“

Die grundlegende Idee, Schülerinnen und Schülern bereits in der Einführungsphase eine Schwerpunktsetzung zu ermöglichen, ist durchaus nachvollziehbar. Allerdings verringern sich damit zugleich ihre Wahlmöglichkeiten in der Qualifikationsphase. In einem kleinen System von z. B. 60 bis 80 Schülerinnen und Schülern in einem Jahrgang bedeutet dies, dass die Ressourcen einer Schule sehr schnell erschöpft sind, sodass Fächer aus dem Wahlpflichtbereich in dem betreffenden Jahrgang in der kompletten Qualifikationsphase nicht mehr angeboten werden können.

Der geplante Fokus auf eine Fremdsprache und die freiwillige Wahloption einer weiteren Fremdsprache im Wahlpflicht-

bereich wird das Fremdsprachenangebot insgesamt und insbesondere das der zweiten Fremdsprachen schwächen. Uns ist bewusst, dass die Ausbildung einer demokratischen, aufgeklärten und proeuropäischen Haltung eine gemeinschaftliche Aufgabe aller Fächer ist; allerdings muss man gerade heute diese Haltung mit Fachwissen und Kompetenzen stärken!“

Mit der Reduktion der Fremdsprachenverpflichtung und der Reduktion der Pflichtbelegung im gesellschaftlichen Bereich sieht der Landesverband wesentliche Bausteine der Europabildung an Niedersachsens Schulen als gefährdet an.

Gute Nachrichten fürs Ehrenamt

Es gibt Grund zur Freude: Mit dem Programm „Niedersachsen verbindet Europa“ stellt das Land erstmals gezielt eine Million Euro bereit, um genau die Art von Projekten zu fördern, für die sich viele unserer Mitglieder Tag für Tag einsetzen – grenzüberschreitende Austausch, Partnerschaften zwischen Kommunen und Zivilgesellschaft sowie persönliche Begegnungen, um Europa lebendig zu machen. Dazu die Sprecherin der Par-



Europabildung an einer niedersächsischen Schule Foto: Harm Adam

lamentariergruppe der Europa-Union Niedersachsen, Immacolata Glosemeyer MdL: „Dieses Programm ist aus persönlicher Überzeugung entstanden. Bei meinen parlamentarischen Bereisungen in Großbritannien, aber auch in meinen Gesprächen mit Partnerinnen und Partnern in Frankreich, England und Schottland, wurde mir immer deutlicher. Es braucht konkrete Unterstützung für die Menschen vor Ort. Es braucht Mittel für die Vereine, Initiativen sowie Städtepartnerschaften – für diejenigen, die nicht nur über Europa reden, sondern es durch diese Partnerschaften konkret leben. Dass wir diesen Gedanken nun im Rahmen der Politischen Liste der Regierungskoalition erfolgreich verankern konnten und das Programm gemeinsam beschlossen haben, freut mich sehr.“

Das Besondere: Das Programm ist für die ehrenamtlich Aktiven vor Ort gemacht. Die Mittel fließen direkt an die 84 Mittelzentren und 11 Oberzentren Niedersachsens.

CUXHAVEN

Tag der Demokratie: Am 10. Februar fand an den Berufsbildenden Schulen in Cuxhaven ein „Tag der Demokratie“ statt. Das anspruchsvolle Programm mit Info-Ständen und 26 Workshops zu Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wurde von internen und etlichen externen Anbietern und Referenten gestaltet. Konzipiert wurde der Tag von der an der BBS zuständigen

Lehrkraft Susanne Rademacher, zugleich stellv. Vorsitzende der Europa-Union Cuxhaven. Einer der Infostände und Workshops wurde von der Europa-Union unter dem Titel „Die EU und Du“ angeboten. Für die organisatorische Vorbereitung sorgten die Kreisvorstandsmitglieder Dietmar Rehfeldt und Thomas Brunken, unterstützt von Thomas Mellin. Die inhaltliche Leitung und Durchführung oblag Birka Meyer-Georges und Gerolf Mosemann vom EUD-

Bundesverband aus Berlin, mit technischer Assistenz von Praktikantin Darja Wilhelm. Im Workshop wurde herausgearbeitet, was Demokratie ausmacht, welche Chancen die EU Jugendlichen bietet und wo europäische Regelungen ihren Alltag positiv beeinflussen.



Verantwortlich:
Cord Wilhelm Kiel

BADEN-WÜRTTEMBERG

Neujahrsempfang

Die Europa-Union, die JEF und die Europäische Bewegung Baden-Württemberg haben am 23. Januar im Rahmen ihres Neujahrsempfangs im Neuen Schloss in Stuttgart gemeinsam auf das Jahr 2026 geblickt. In seiner Eröffnungsrede ging der Präsident der Europäischen Bewegung im Land, Staatssekretär Florian Haßler, auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Europas ein. Auch die Landesvorsitzende der Europa-Union, Evelyne Gebhardt, betonte in ihrem Grußwort den europäischen Zusammenhalt. Weitere Redebeiträge folgten von Wolfgang Bücherl, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München, sowie von Sarah Reisinger, Landesvorsitzende der Jungen Europäer – JEF.

Präsenz auf Parteitagen

Die Europavverbände setzten ihre Präsenz bei den Parteitagen der Landes-

parteien fort. So waren Europa-Union und JEF Baden-Württemberg beim Landesparteitag der CDU in Heidelberg ebenso mit einem Stand präsent wie bei der Landesdelegiertenkonferenz der Grünen in Ludwigsburg und beim Landesparteitag der FDP in Fellbach. Alle drei Stände zogen viele Delegierte und Interessierte an und zeigten, dass die Arbeit der überparteilichen Verbände anerkannt wird.

Landtagswahl

Am 3. Februar fand eine Kooperationsveranstaltung der Europavverbände Europäische Bewegung BW, Europa-Union BW, Junge Europäer – JEF Stuttgart unter Federführung der Europa-Union Stuttgart anlässlich der Landtagswahl statt. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion im SpOrt Stuttgart, die mit knapp 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut besucht war, von Dr. Martin Kilgus. Unter dem Titel „Vielfalt verbindet: Landespolitik als europäischer



Podiumsdiskussion zu Landtagswahl

Foto: EUBW

Brückenbauer“ diskutierten Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL (Bündnis 90/Die Grünen), Sebastian Cuny MdL (SPD), Celine-Sophie Hirschka (Volt), Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL (FDP) und der Vorsitzende des Europa-Ausschusses Willi Stächele MdL (CDU). Das Veranstaltungsformat bot neben der Möglichkeit, sich an der Podiumsdiskussion zu beteiligen, viel Raum zum Austausch und Vernetzen, was sehr gut angenommen wurde.

JUNGE EUROPÄER – JEF

Don't touch my Schengen: Am Grenzübergang am Bahnhof Kehl fand auf Initiative der JEF Baden-Württemberg eine Demo gegen die seit Juni 2024 ständigen Grenzkontrollen statt. Die Rednerinnen und Redner, darunter JEF-Landesvorsitzende Sarah Reisinger und ein Vertreter der JEF Strasbourg, forderten ein Ende der Grenzkontrollen.

ORTENAU

Martinsgansessen: Das neue Mitglied des Bundestags und langjährige EUD-Mitglied Johannes Rothenberger hielt im Rahmen des traditionellen Martinsgansessens des KV Ortenau einen instruktiven Vortrag über seine Arbeit im Deutschen Bundestag. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch die beiden Kinder des Vorsitzenden des Ortsverbandes Achern und Umland, Dr. Matthias Neuburger, die zwei Musikstücke für Waldhorn und Geige präsentierten.

STUTTGART

Austausch mit Landtagsabgeordneten: Der KV Stuttgart setzte mit Friedrich Haag (FDP) seine Gesprächsreihe mit Landtagsabgeordneten aus Stuttgart fort. Der Abgeordnete berichtete über seine Arbeit in den Ausschüssen für Verkehr und Wohnen, in denen oft auch Themen mit EU-Bezug behandelt werden.

MAIN-TAUBER/HOHENLOHE

Verteidigungspolitik: Der KV Main-Tauber/Hohenlohe und die Sektion Taubertal der Gesellschaft für Sicherheitspolitik konnten Oberstleutnant a. D. Andreas Leibner für einen Vortrag unter dem Titel „Putins Krieg, Europas Antwort: Neue Realitäten für Deutschlands Sicherheit“ gewinnen. Die Sektionsleiterin Dr. Daniela Ahrens-Wimmer und der Kreisvorsitzende der Europa-Union, Prof. Dr. Ulrich Derpa, setzten mit diesem spannenden Abend ihre gemeinsame Vortragsreihe in Tauberbischofsheim fort.

Der Referent war in seiner früheren beruflichen Tätigkeit stellv. Verteidigungsattaché an der Deutschen Botschaft in Moskau sowie Verteidigungsattaché in der Deutschen Botschaft in Minsk und konnte entsprechend sachkundig und anschaulich eine Einordnung und einen Ausblick geben.

GÖPPINGEN

Austausch mit Landrat: Eine Abordnung des KV Göppingen hat den 2025 gewählten Landrat des Landkreises Göppingen, Markus Möller, zu einem Antritts- und Kennenlerngespräch besucht. Im Mittelpunkt des Austauschs standen vor allem europapolitische Themen auf kommunaler Ebene sowie Perspektiven der künftigen Zusammenarbeit.



Verantwortlich:
Florian Ziegenbalg

RHEINLAND-PFALZ

EDIC jetzt im Landesvorstand

Seit Beginn dieses Jahres sind die beiden Europe Direct-Büros Ingelheim und Kaiserslautern in den Landesvorstand der Europa-Union Rheinland-Pfalz kooperiert. Vertreten werden sie durch Maren Weiß (Ingelheim) und Marco Zettl (Kaiserslautern). Die Europa-Union und die Informationszentren leisten einen wichtigen Beitrag zur europäischen Informations- und Bildungsarbeit in der Region.

Der Landesvorstand freut sich sehr, mit den Europe Direct-Büros zwei engagierte und kompetente Kooperationspartner in seinen Reihen zu haben und die Zusammenarbeit künftig noch enger gestalten zu können.

Diskussion mit Landtagskandidaten

Gemeinsam mit dem Landesverband lud die Europa-Union Mainz zu einer

Podiumsdiskussion unter dem Titel „Unser Land in Europa“ am 23. Februar in das 3Sein im Allianzhaus ein. Rund 80 Gäste sorgten für eine sehr gut besuchte Veranstaltung.

KV-Vorsitzender Dr. Peter Albrecht eröffnete den Abend und betonte die Bedeutung des europäischen Dialogs auf regionaler Ebene. Auf dem Podium diskutierten die Landtagskandidaten Michael Ebling (SPD), Torsten Rohe (CDU), Fabian Ehmman (Bündnis 90/Die Grünen) und Susanne Glahn (FDP) über die Rolle von Rheinland-Pfalz in Europa und aktuelle europapolitische Herausforderungen. Themen waren u. a. die Bedeutung des europäischen Binnenmarkts, die Zusammenarbeit der Regionen und die Rolle Europas für Wirtschaft und Gesell-



Die Kandidaten für die Landtagswahl mit Vertretern des Vorstands in Mainz
Foto: EUD Mainz

schaft. Jörn Hildner führte als Moderator souverän durch das Gespräch. Auch das Publikum beteiligte sich engagiert an der Diskussion und nutzte die Gelegenheit zum Austausch mit der Kandidatin und den Kandidaten.

Die Veranstaltung wurde freundlicherweise durch Europe Direct Ingelheim gefördert.

TRIER

Nachruf auf Vera Prochnow: Unser langjähriges Mitglied Vera Prochnow hat uns am 23. Februar 2026 für immer verlassen. Mit ihr verliert die Europa-Union Trier eine prägende Figur der letzten Jahrzehnte, die als überzeugte Europäerin 35 Jahre in unserem Vorstand mitgewirkt hat.

In Dankbarkeit für ihr jahrzehntelanges Engagement für ein gemeinsames Europa nehmen wir Abschied. Der Kreisverband wird ihr ein ehrendes Andenken bewahren!



Foto: EUD Trier

MAYEN-KOBLENZ

60-Jahr-Feier mit Kinoevent: Die Europa-Union Mayen-Koblenz blickt 2026 auf 60 Jahre ihres Bestehens zurück. Mehr als ein halbes Jahrhundert engagieren sich Bürgerinnen und Bürger der Region überparteilich für ein geeintes, friedliches und demokratisches Europa – ein Anliegen, das heute aktueller ist denn je. Über 100 Gäste erlebten am 2. März im Corso-Kino Mayen eine Jubiläumsfeier, die europäische Werte sichtbar und spürbar machte. Vorsitzender Stefan Müller erinnerte daran, dass Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in vielen Teilen der Welt unter Druck geraten. Gerade deshalb sei es wichtig, Zeichen der Offenheit, des Dialogs und der Verbundenheit zu setzen.

Im Mittelpunkt des Abends stand der französische Film „Unterwegs mit Jacqueline“ (La Vache). Die Geschichte des algerischen Bauern Fatah, der mit seiner Kuh Jacqueline zu Fuß durch Frankreich reist, zeigt auf humorvolle und zugleich berührende Weise, wie Menschen unterschiedlicher Herkunft zueinanderfinden.

Offenheit, Hilfsbereitschaft und gegenseitiger Respekt überwinden kulturelle Grenzen – der Film macht erfahrbar, was Europa im Kern ausmacht: Begegnung, Vielfalt und Menschlichkeit.

Ein besonderer Dank galt den Unterstützern und Wegbegleitern der Europa-Union, so den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern aus Stadt und Kreis wie auch der Kreissparkasse Mayen, deren Unterstützung den Abend erst ermöglichte. Gewürdigt wurde zudem das Engagement der Freundschaftskreise der Stadt Mayen – deutsch-französisch, deutsch-tschechisch und deutsch-englisch – und der Initiativen „Sei ein Mensch“ und „BlickZurückNachVorn“.

Europa sichtbar und erlebbar machen – für alle Generationen. Dafür will die Europa-Union Mayen-Koblenz weiter mit ihren Veranstaltungen Angebote schaffen.



Verantwortlich:
Lisa Mandau

HESSEN

Europa entsteht vor Ort

Europa entsteht nicht in Brüssel – sondern vor Ort. Genau dort setzt die Arbeit der Europa-Union Hessen an: in Rathäusern, Schulen, Vereinen, mit Partnerschaftsprojekten und Jugendformaten. Die ersten Wochen des Jahres 2026 zeigen eindrucksvoll, wie vielfältig europäische Arbeit im Land gelebt wird.

Europa als kommunale Aufgabe: Im Gespräch der Europa-Union Hessen mit dem Kasseler Oberbürgermeister Dr. Sven Schöller, selbst langjähriges Mitglied der Europa-Union, wurde deutlich, welche Rolle Städte für Europa spielen: Partnerschaften, Jugendbegegnungen und Bürgerdialoge sind häufig die ersten direkten Europa-Erfahrungen junger Menschen. Diskutiert wurde auch, wie sich Jugendliche heute erreichen lassen. Neben klassischen Austauschprogrammen gewinnen digitale Formate an Bedeutung – etwa digitale Stadtführungen oder virtuelle Begegnungen zwischen Schulklassen.

Beim Besuch des Bürgermeisters der Stadt Mörfelden-Walldorf, Karsten Groß, am 13. Februar standen nicht nur Themen wie der Europäische Wettbewerb oder das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Mittelpunkt, sondern die ganz praktische europäische Zusammenarbeit. Die Stadt pflegt lebendige Partnerschaften mit Vitrolles in Frankreich, Wageningen in den Niederlanden und Torre Pellice in Italien. Gerade diese kommunalen Beziehungen zeigen, wie Europa im Alltag funktioniert – durch Begegnungen, Schülerkontakte und gemeinsame Projekte. Besonderes Augenmerk liegt auch auf der Jugendarbeit. Dazu wurden die Angebote von Europa-Union und JEF vorgestellt. Thema war auch der Hugenotten- und Waldenserpfad, eine zertifizierte Europäische Kulturroute, die historische Fluchtbewegungen von Südfrankreich über Italien bis nach Deutschland nachzeichnet – europäische Geschichte als gemeinsames Erinnern.

Ein weiterer Termin führte nach Gießen zu Oberbürgermeister Frank-Thilo



Landesvorsitzende Ute Wiegand-Fleischhacker mit dem Gießener OB Frank-Thilo Becher
Foto: Stadt Gießen

Becher. Im Mittelpunkt standen Kooperationsmöglichkeiten mit Europe Direct, der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung sowie regionale Bildungsprojekte – insbesondere der Europäische Wettbewerb.

Handwerk sucht Nachwuchs – Europa hilft: Wie eng Europa auch mit wirtschaftlichen Fragen verbunden ist, zeigte ein Gespräch der Landesvorsitzenden Ute Wiegand-Fleischhacker mit Dr. Christof Riess, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main.

Das Handwerk steht vor einer großen Herausforderung: Fachkräfte fehlen. Um junge Menschen zu erreichen, setzt die Kammer zunehmend auf neue Wege. Neben Schulbesuchen und Ausbildungsmessen kommt inzwischen auch Virtual Reality zum Einsatz. Mit speziellen Brillen können Jugendliche mehr als 20 Handwerksberufe realitätsnah in 360-Grad-Videos erleben. Die Europa-Union stellte ihrerseits europäische Bildungs- und Teilungsangebote vor: Europäische Austauschprogramme

und Ausbildungsmobilität können einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten.

Gespräch in der Staatskanzlei: Auch auf Landesebene blieb Europa Thema. In der Hessischen Staatskanzlei tauschte sich die Europa-Union mit Staatssekretärin Karin Müller über den künftigen EU-Haushalt und Bürokratieabbau aus. Übergeben wurden die Beschlüsse des EUD-Bundeskongresses 2025.

Europäische Bürgerbegegnung in Kassel: Ein Höhepunkt des Jahres wird die vierte Europäische Bürgerbegegnung in Kassel vom 10. bis 13. September unter dem Motto „Our Europe – United in Diversity“. 160 Teilnehmende aus mehreren europäischen Ländern werden erwartet. Workshops, kulturelle Veranstaltungen und eine öffentliche Podiumsdiskussion zur europäischen Zusammenarbeit in Krisenzeiten stehen auf dem Programm. Die Unterbringung in Gastfamilien soll den persönlichen Austausch fördern.

Europa lebt vom Mitmachen: Ob Schulprojekt, Städtepartnerschaft, Jugendbegegnung oder Bürgerdialog: Die Aktivitäten der Europa-Union Hessen zeigen, dass Europa vor allem durch persönliche Begegnungen wächst. Gerade in politisch bewegten Zeiten bleibt diese Arbeit vor Ort unverzichtbar – als Brücke zwischen europäischer Politik und den Menschen im Alltag.



Verantwortlich:
Sven Ringsdorf

NORDRHEIN-WESTFALEN

Landesausschuss setzt Impulse für 2026

Der 2. Landesausschuss der Europa-Union NRW kam am 15. November an der Universität zu Köln zusammen. Mitglieder aus dem gesamten Landesverband nutzten die Sitzung, um sich über aktuelle Entwicklungen auszutauschen, strategische Vorhaben zu beraten und Impulse für das Jahr 2026 zu setzen.

Zurückgeblickt werden konnte auf ein aktives Verbandsjahr, das von zahlreichen Veranstaltungen, Projekten und Kooperationen geprägt war. Landesvorsitzender Professor Dr. Patrick Sensburg stellte seine inhaltlichen Schwerpunkte vor. Dazu zählen der Ausbau politischer Netzwerke, eine verstärkte Mitgliedergewinnung sowie eine intensivere Zusammenarbeit mit der Landespolitik und der Staatskanzlei. Neben dem Ausblick auf geplante Termine und Projekte 2026 befasste sich die Versammlung mit aktuellen bundes- und

europapolitischen Debatten, der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften sowie mit erfolgreichen Projekten der Kreisverbände. Hervorzuheben ist das Ausstellungsprojekt aus dem Kreis Steinfurt „Europa macht Menschen glücklich!“, das ausdrücklich zur Nachahmung empfohlen wurde.

Als Rahmenprogramm fand eine Podiumsdiskussion statt, die sich mit der Frage beschäftigte, welche Rolle Europa in Nordrhein-Westfalen spielt und welche Bedeutung das bevölkerungsreichste Bundesland für die EU hat. Erörtert wurden u. a. der Einfluss von Regionen und Kommunen im europäischen Mehrebenensystem, die globale wirtschaftliche Verflechtung der EU sowie die Entwicklung einer neuen europäischen Vision vor dem Hintergrund geopolitischer Umbrüche. Auf dem Podium diskutierten Dr. Samira Sultan (Institut der deutschen Wirtschaft), Dr. Otto Schmuck (stellv. Landesvorsitzender Europa-Union Rheinland-Pfalz)

und Professor Dr. Wolfgang Wessels (Universität zu Köln). Das Publikum nutzte rege die Gelegenheit, sich mit Fragen und Beiträgen einzubringen.

Neues Online-Format

Der Landesverband hat mit dem „Abend mit Europa“ ein neues Online-Format etabliert. An jedem ersten Mittwoch im Monat moderiert Anke Wekerle eine digitale Gesprächsrunde zu aktuellen europäischen Themen. In zwangloser Atmosphäre diskutieren Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft über Entwicklungen, Herausforderungen und Chancen in der Europäischen Union. Teilnehmende haben Gelegenheit, Fragen zu stellen und sich aktiv einzubringen. Gerne können eigene Themen- und Referentenvorschläge gemacht werden. Einwahl jeweils um 19.00 Uhr über den permanenten Zoom-Link: https://bit.ly/Abend_mit_Europa

HAAN

Europäischer Dialog: Der Vorsitzende der Europa-Union Haan, Wolfgang Jegodowski, nahm an einer Veranstaltung zur vergangenen dänischen EU-Ratspräsidentschaft in der Düsseldorfer Staatskanzlei teil. Gastgeber war Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei NRW, Gastredner der dänische Botschafter Thomas Østrup Møller.

Im Mittelpunkt standen Fragen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Schwerpunkte der dänischen Ratspräsidentschaft: Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation sowie die grüne Transformation. Die Veranstaltung bot Raum für einen intensiven Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und Diplomatie. Wolfgang Jegodowski lud Minister Liminski und Botschafter Østrup Møller zu einem Vortrag nach Haan ein.



Kreisvorsitzender Wolfgang Jegodowski (l.) und Minister Nathanael Liminski
Foto: EUD Haan

Herne und Dortmund

Ausstellungsbesuch: Mitglieder der Kreisverbände Herne und Dortmund besuchten im Januar gemeinsam eine Ausstellung im LWL-Museum für Kunst und Kultur in Münster. Präsentiert wurden Werke von Ernst Ludwig Kirchner und Pablo Picasso – zwei Künstler einer Epoche, die sich nie begegnet sind, deren Arbeiten sich jedoch gegenseitig

beeinflusst haben. Kirchner, tätig in Deutschland und der Schweiz, und Picasso, wirkend in Spanien und Frankreich, stehen gleichermaßen für unterschiedliche wie vergleichbare künstlerische Positionen. Die Ausstellung stellt Unterschiede und Gemeinsamkeiten anschaulich dar.

Die gemeinsame Kunstreihe von Kreisverbänden der Europa-Union NRW fand damit ihre Fortsetzung. Im vergangenen Jahr stand der Maler Marc Chagall im Mittelpunkt. Weitere Ausstellungsbesuche europäischer Kunst sind geplant.



Verantwortlich:
Daniela Vogt

VERTEIDIGUNGSBEREITSCHAFT UMFASSENDE DENKEN

Europäischer Abend zur Sicherheitspolitik

Wie verteidigungsbereit ist Europa? Dieser Frage gingen Expertinnen und Experten vor vollem Haus beim 36. Europäischen Abend in Berlin nach. Eingeladen hatten Europa-Union Deutschland, dbb Beamtenbund und Tarifunion, das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement sowie der Deutsche Bundeswehrverband (DBwV) und der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB). Der Tenor des Abends war eindeutig: Sicherheitspolitik darf nicht allein militärisch verstanden werden. Sie muss auch den Schutz kritischer Infrastruktur, staatlicher Handlungsfähigkeit und gesellschaftlicher Resilienz in den Blick nehmen.

Dr. Jasper Wieck
Ministerialdirektor im Bundesministerium der Verteidigung
Dr. Franziska Brantner MdB
Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
Benjamin Hartmann
Experte im Kabinett des EU-Kommissars Andrius Kubilius
Dr. Claudia Major
Senior Vice President für Transatlantische Sicherheitsinitiativen, German Marshall Fund



Panelrunde mit Moderatorin Katharina Kühn (M.) Foto: Jan Brenner/dbb

Verteidigungsbereitschaft beginne in den Verwaltungen, in den Gesundheitsämtern, in der Verkehrssteuerung, in den kommunalen Einrichtungen, in den digitalen Lagezentren, so dbb-Chef **Volker Geyer**. Auch VBB-Chefin **Imke von Bornstaedt-Küpper** unterstrich die Bedeutung ziviler Verwaltungsstrukturen: „Eine starke Truppe braucht ein tragfähiges Fundament.“ Oberstleutnant i. G. Dr. Detlef Buch vom DBwV warb dafür, im öffentlichen Dienst und in der Bundeswehr an einem Strang zu ziehen, um die personellen Herausforderungen zu bewältigen.

Mit Blick auf die militärische Dimension sagte **Jasper Wieck**, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Verteidigung: „Wir müssen militärisch so stark sein, dass sich für Russland ein Angriff nicht lohnt, weil das Risiko zu groß ist, den Kürzeren zu ziehen.“ Zugleich ordnete er die strategische Neuaufstellung der USA ein: „Die USA sehen eine große Herausforderung auf sich zukommen. Und die heißt nicht Russland, sondern China. Europa soll sich allein gegen Russland verteidigen und den USA den Rücken für ihren Konflikt mit China freihalten.“ Die Annahme isolierter Konflikte sei jedoch falsch. „Wir sind daher gut beraten, uns zusammenzusetzen.“ Zudem mahnte er: „Langfristig brauchen wir eine Vision, die nicht in einer Rüstungsspirale endet. Die Logik der kooperativen Zusammenarbeit muss irgendwann wieder zurückkommen.“

Franziska Brantner, Co-Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, machte deutlich, dass Deutschland und Europa ihre Sicherheitsstrukturen grundlegend modernisieren und trotz Fortschritten enger verzahnen müssten. Zur gestiegenen Eigenverantwortung Europas erklärte sie: „Man kann den Amerikanern nicht vorwerfen, dass sie uns nun sagen: ‚It’s up to you!‘ Ferner forderte sie mehr sprachliche Klarheit: „Hybrider Krieg – das ist Sabotage. Und Desinformation ist Lüge und Manipulation. Wir sollten die Dinge klar benennen. Das ist der erste Schritt hin zu einer resilienten Zivilgesellschaft.“ Und weiter: „Resilienz entsteht, wenn wir die Mechanismen moderner Einflussnahme erkennen und ihnen selbstbewusst begegnen.“ Ihre Warnung nach innen: „Wer sich als patriotisch bezeichnet, aber zentrale staatliche Strukturen ablehnt oder schwächt, trägt nicht zur Sicherheit dieses Landes bei.“

„Entscheidungen, die Europa betreffen, müssen von Europa und für Europa getroffen werden“, so **Benjamin Hartmann**, Experte im Kabinett des EU-Verteidigungskommissars. Er erinnerte daran, dass die EU über erhebliche Mittel verfüge: „Wir haben eigentlich allen Grund zur Stärke.“ Die EU habe bereits Strategiepapiere zu äußerer Sicherheit, Cyberabwehr, Preparedness der Zivilbevölkerung und zum Schutzschild für die Demokratie vorgelegt. Denn: „Die hybriden Attacken der vergangenen Monate sind nichts anderes als Angriffe auf unseren politischen Willen, uns zu verteidigen.“ Als Konsequenz forderte er mehr Vernetzung und Austausch: „Wir sind gut beraten, ein gemeinsames Lagebild auf EU-Ebene zu erstellen.“ Sein Appell an die politische Handlungsfähigkeit Europas fiel deutlich aus: „Geschwindigkeit ist keine Zeitleiste, sie ist eine Verteidigungskapazität.“

Claudia Major, Senior Vice President für Transatlantische Sicherheitsinitiativen des German Marshall Fund, beschrieb die neue Sicherheitsstrategie der USA mit drastischen Worten: „Das sind die Scheidungspapiere.“ Daraus folge, dass „unsere Lebensversicherung – die NATO – nicht mehr garantiert“ sei. Europa müsse daher seine Fähigkeit zur Selbstverteidigung entschlossener stärken. „Und das muss schneller gehen“, so Major. Mit Blick auf hybride Angriffe warnte sie: „Das geht an das Herz der offenen Gesellschaft!“

In ihrer Videobotschaft erklärte EUD-Präsidentin **Andrea Wechsler** MdEP: „Europa steht an einem Wendepunkt.“ Und weiter: „Unsere Sicherheit können wir nur gemeinsam gewährleisten.“ **Rainer Hub** vom BBE fasste die politische und gesellschaftliche Dimension des Abends so zusammen: „Was wir brauchen, ist eine Allianz der Zuversicht für unser aller Zusammenhalt.“



Text:
dbb und EUD